

Umfrage zu Rundfunkgebühren

Große Mehrheit der Deutschen will für Öffentlich-Rechtliche nicht mehr zahlen

dpa/Arno Burgi

Donnerstag, 01.03.2018, 16:16

Die Mehrheit der Deutschen will nicht länger für öffentlich-rechtliches Fernsehen bezahlen. Fast 70 Prozent sprechen sich in einer Umfrage gegen die Rundfunkgebühren aus. Sie halten sie für nicht mehr zeitgemäß.

Nur jeder achte Deutsche (12,6 Prozent) ist für die Beibehaltung gebührenfinanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten]. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung im INSA-Meinungstrend, die FOCUS Online vorliegt. Fast sieben von zehn Befragten (69,4 Prozent) halten Rundfunkgebühren demnach für nicht mehr zeitgemäß und sind für die Abschaffung der "Zwangsabgabe".

Gegen die jetzige Form der Rundfunkgebühren sind vor allem Wähler der AfD (81,4 %), der FDP (78,8 %) und der Linken (76,4 %). Jeder Vierte (24,7 %) möchte nicht bezahlen, weil er die Berichterstattung für nicht neutral hält. Ebenfalls jeder Vierte (24,4 %) findet, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sich - wie private Sender - über Werbung finanzieren und kulturelle Formate mit geringer Nutzerzahl als Bezahloption anbieten sollten.

Schuldner setzen Ventilwächter schon seit zehn Jahren ein

Gegen Rundfunkgebühren-Muffel wird als Zwangsmittel immer häufiger ein "Ventilwächter" eingesetzt, der beim Autofahren die Reifenluft entweichen lässt. Sechs von zehn Befragten (58,6 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass es eine "absolute Unverschämtheit" sei, wenn gegen GEZ-Muffel als Zwangsmaßnahme ein solcher "Ventilwächter" eingesetzt wird. Mehr als jeder Zweite (52,7 Prozent) hält eine solche Maßnahme für unangemessen, weil eine Mobilitätseinschränkung in keinem vernünftigen Verhältnis zu den entgangenen Rundfunkgebühren stehe. Nur 6,1 Prozent der Deutschen findet den Einsatz von "Ventilwächtern" gut.

Die mit Schlössern gesicherten Ventilaufsätze sorgen dafür, dass einem Auto, wenn es dennoch gefahren wird, nach etwa 600 Metern die Luft aus den Reifen entweicht. Die Ventilaufsätze werden in Deutschland bereits seit mehr als zehn Jahren gegen Schuldner eingesetzt, wenn Mahnungen und Zahlungsaufforderungen nicht nicht Folge geleistet wurde.

Der Staat plant, sie in Zukunft auch verstärkt wegen nicht gezahlter Rundfunkbeiträge einzusetzen.